

Pressemitteilung

Kohlekraftwerk gesundheitsschädlich Schallende Ohrfeige für SPD Fraktionsvorsitzenden Sucher

Mainz, 10.01.2008. Das die Bezirksärztekammer Rheinhessen sich so eindeutig hinter die Mainzer Ärzte-Initiative stellt ist ein ganz klare Absage an Herrn Sucher, Fraktionsvorsitzender sowie an Herrn Gebert, Umweltpolitischer Sprecher der SPD in Mainz.

Noch vor zwei Wochen versuchten Herr Sucher und Herr Gebert in einer Presseerklärung mit scharfen Worten die Ärzte-Initiative, die sich gegen das Kohlekraftwerk ausspricht, zu isolieren. In dem Schreiben forderten die beiden SPD-Politiker die Landesärztekammer auf, sich öffentlich von der Ärzte-Initiative zu distanzieren, weil diese, so Sucher, das Ansehen des Ärztestands missbraucht. Weiter war da zu lesen von „Sektenpredigern“, die sich im „Arsenal des Schreckens“ bedienen.

Das nun der Vorsitzende der Kammer, Herr Jürgen Hoffart von „völlig überzogener Wortwahl“ spricht, ist laut Christof Schulz, Sprecher der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz, „die einzig richtige Reaktion auf die verbale Entgleisung der SPD Politiker“.

Herr Sucher wäre besser beraten sich bei Dingen, von denen er offensichtlich nichts versteht nicht so weit aus dem Fenster zu lehnen, empört sich Schulz. Stattdessen sollte er lieber auf die Bedenken der Mediziner eingehen und im Sinne der hier lebenden Menschen handeln. „Herr Sucher tut gerade so als wären die Mainzer Ärzte die einzigen die sich gegen den Bau von Kohlekraftwerken aussprechen“, so Schulz weiter und erinnert an die 1800 Ärzte im Saarland, die mit ihrer Initiative den Bau des Steinkohlekraftwerks bei Ensdorf verhindert haben.

Das sich aber niemand von der SPD bei der Ärztekammer bis dato gemeldet hat, zeigt wie viel Substanz hinter den Äußerungen von Herrn Sucher und Herrn Gebert ist.

Begrüssen tut die Bürgerinitiative die Aussage von Herrn Hoffart, das es nicht angehen kann, das die Befürworter des Kraftwerkes den Eindruck entstehen lassen, das Kraftwerk würde die Luft und damit die Lebensqualität nicht verschlechtern.

Aus Sicht von KoMa ist es nach wie vor völlig unverständlich, warum Herr Ministerpräsident Koch für das im hessischen Hanau geplante, baugleiche Kohlekraftwerk ein Raumordnungsverfahren einleitet, um die gerade die gesundheitliche Gesamtbelastungen für die Region zu prüfen, gleiches aber hier auf der anderen Seite de Rheins ohne Grund verweigert wird.

„Der Bau eines überdimensionierten Kohlekraftwerks inmitten eines so dicht besiedelten Gebietes wie dem Rhein-Main Gebiet ist völlig unverantwortlich“, bekräftigt Schulz noch einmal die Position der Bürgerinitiative.